

Z A H L E N

2019

NACHHALTIG
WIRTSCHAFTEN.

Sparda-Bank

Sparda-Bank Hessen eG

STAND: JUNI 2020



DIE BANK FÜR DIE
MENSCHEN IN HESSEN

INHALT

Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019	4
I. Grundlagen der Bank	6
II. Wirtschaftsbericht	6
III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)	11
IV. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)	15
V. Zweigniederlassungen	16
Der Bericht des Aufsichtsrates	17
Der Jahresabschluss	18
I. Jahresbilanz	20
II. Gewinn- und Verlustrechnung	22
III. Anhang	23

Genderhinweis: Aus Gründen der Lesbarkeit wird darauf verzichtet, geschlechtsspezifische Formulierungen zu verwenden. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Männer und Frauen in gleicher Weise.

DER LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

- I. Grundlagen der Bank
- II. Wirtschaftsbericht
- III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)
- IV. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)
- V. Zweigniederlassungen

30.746

FONDSKUNDEN, DAVON 3.253,
DIE SICH ERSTMALS BEI UNS
FÜR DIESE FORM DER GELD-
ANLAGE ENTSCIEDEN
HABEN

136 MIO. €

NEU IN FONDS INVESTIERTES
KUNDENVERMÖGEN



NACHHALTIGES WACHSTUM

Nachhaltiges Wachstum erzielte 2019 unsere GeldanlageOffensive. Zum Stichtag zählten wir 30.746 Fondskunden, die uns 136 Millionen Euro neu in Fonds investiertes Vermögen anvertrauten. Laut Nachhaltigkeitsrating der Union Investment lag der nachhaltige Anteil unserer Eigenanlagen Ende 2019 bei 94,9 Prozent. Der durchschnittliche Nachhaltigkeitswert auf Basis des ESG-Scores unserer Spezialfonds lag bei 49,8 Prozent – deutlich über dem Durchschnittswert bei Aktienindizes.

DER LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

I. Grundlagen der Bank

Die Sparda-Bank Hessen eG ist eine eingetragene Genossenschaft, die der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen ist. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2019 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 10.867 TEUR verbunden. Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.

Unser Geschäftsgebiet umfasst im Wesentlichen das Bundesland Hessen mit 36 Geschäftsstellen. Organe sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Vertreterversammlung. Im Bankgeschäft haben wir derzeit 443 Beschäftigte.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Nach vielen Jahren des Aufschwungs verminderten sich 2019 die konjunkturellen Auftriebskräfte in Deutschland merklich. Die Auslastung der Produktionsfaktoren ging erheblich zurück. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Vorjahresvergleich lediglich um 0,6 Prozent, nachdem es 2018 noch um 1,5 Prozent zugenommen hatte. In den Jahren 2017 und 2016 war das Bruttoinlandsprodukt sogar um 2,5 Prozent beziehungsweise 2,2 Prozent expandiert.

Am Arbeitsmarkt verlor das Beschäftigungswachstum an Schwung. Die Zahl der Menschen, die im Inland erwerbstätig sind, stieg im Jahresdurchschnitt 2019 um rund 400.000 auf etwa 45,3 Millionen, nachdem sie 2018 noch fast um 610.000 zugelegt hatte. Der Zuwachs beruhte abermals alleine auf einer Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zahl der Selbstständigen sowie der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten ging weiter zurück. Bei der Arbeitslosigkeit setzte sich der Abwärtstrend abgeflacht fort. Die Arbeitslosenzahl sank um rund 73.000 auf knapp 2,3 Millionen Menschen. Bei der Arbeitslosenquote war ein Rückgang um 0,2 Prozentpunkte auf 5,0 Prozent zu verzeichnen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb 2019 moderat. Die monatliche Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, stieg lediglich im April vorübergehend über die Marke von 2 Prozent. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 1,4 Prozent und damit etwas niedriger als 2018 (+1,8 Prozent). Maßgeblich für den Rückgang der Gesamtrate waren die Energiepreise, deren Auftrieb sich im Zuge niedrigerer Rohölpreisnotierungen spürbar verminderte.

Nach einem schwachen Jahresabschluss 2018 starteten die Märkte mit pessimistischen Erwartungen für die Wirtschaft in das Jahr 2019. Der Handelskrieg zwischen den USA und China setzte sich fort, zusätzlich rückte Europa wieder

mehr in den Fokus der Trump-Administration. Auch spitzte sich der Konflikt zwischen dem Iran und den USA im Laufe des Jahres weiter zu. Ergänzt wurden diese Unsicherheitsfaktoren durch den mehrfach verschobenen Brexit. Erst im Dezember kam es zu einer Einigung mit der EU auf einen Austritt Ende Januar 2020. Diese geopolitischen Störfaktoren, insbesondere aber die Handelskonflikte, führten bereits Anfang 2019 zu Rissen im Bild des langjährigen konjunkturellen Aufschwungs in Europa, den USA, aber auch weltweit.

Die europäische Geldpolitik schwenkte aufgrund der Abschwächung der Konjunktur in 2019 auf einen deutlich expansiveren Kurs ein. Die an den Finanzmärkten noch zu Jahresbeginn vorherrschende Erwartung einer Zinswende löste sich in den ersten Monaten des Jahres auf. Es kam stattdessen zu einer Senkung des Einlagezinssatzes, den Banken auf überschüssige Gelder bei der EZB entrichten müssen, von -0,4 Prozent auf -0,5 Prozent. Die dadurch steigenden finanziellen Belastungen der Banken wurden durch die Einführung von Freibeträgen (Tiering) vermindert. Zudem wurde ein erneuter Start von Anleihekäufen im Volumen von 20 Milliarden EUR monatlich ab November 2019 beschlossen.

Die Renditen von zehnjährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresauftakt bei 0,25 Prozent. In den folgenden Monaten sanken die Renditen bis tief in den Minusbereich. In den letzten Augusttagen rutschte die Rendite mit -0,72 Prozent auf einen historischen Tiefstand. Die Renditen erhöhten sich im Herbst wieder. Zum Jahresende rentierten zehnjährige Bundesanleihen mit -0,19 Prozent immer noch im Minusbereich, aber weit oberhalb ihrer Tiefstände.

Der deutsche Leitindex DAX startete nach einem sehr schwachen Abschlussquartal in 2018 von einem niedrigen Niveau in Höhe von 10.558,96 Punkten aus in das Jahr 2019. Im Jahresverlauf gewann der Index aber wieder deutlich. Zum Jahresabschluss 2019 notierte der DAX bei 13.249,01 Punkten und somit 25 Prozent über dem Niveau zum Jahresstart.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hessen eG

Die Geschäftsentwicklung verlief im Geschäftsjahr 2019 erfolgreich. Das Kundengeschäft konnte entsprechend der Zielsetzung deutlich ausgeweitet werden.

Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen (+/-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	7.076.345	6.559.952	+516.393	7,9
Außerbilanzielle Geschäfte	200.093	239.613	-39.520	16,5

Die Bank hat im Berichtszeitraum ein über dem Vorjahr liegendes Bilanzwachstum zu verzeichnen, das erneut auf die hohen Zugänge bei den Kundeneinlagen zurückzuführen ist.

Die außerbilanziellen Geschäfte bestehen überwiegend aus offenen Kreditzusagen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen (+/-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	3.003.934	2.866.981	+136.953	4,8
Wertpapiere	2.973.787	2.868.243	+105.544	3,7
Forderungen an Kreditinstitute	851.542	525.175	+326.367	62,1

Unsere Kundenforderungen bestehen überwiegend aus durch Immobilien besicherte Baufinanzierungen.

Der Bestand konnte trotz der Regel- und Sondertilgungen um +4,8 Prozent gesteigert werden.

Die hohen Zuwächse bei den Kundeneinlagen führten in 2019 zu einer deutlichen Ausweitung der Eigenanlagen. Neben dem Anstieg der Wertpapiere um +105,5 Millionen EUR weisen die Forderungen an Kreditinstitute eine Zunahme von +326,4 Millionen EUR auf. Der überwiegende Anteil des Liquiditätszuflusses wurde bei der Zentralbank angelegt.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen (+/-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	328.811	306.205	+22.606	7,4
Spareinlagen von Kunden	1.032.759	932.823	+99.936	10,7
Andere Einlagen von Kunden	5.256.694	4.914.362	+342.332	7,0

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultiert aus der Ausweitung der Refinanzierungen mit unserer Zentralbank für Förderkredite.

Die Kundengelder erhöhten sich im Berichtsjahr um 442 Millionen EUR. Im Vordergrund standen erneut Anlagen mit täglicher Verfügungsmöglichkeit.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen (+/-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	7.457	5.594	+1.863	33,3
Andere Vermittlungserträge	6.419	5.828	+591	10,1
Erträge aus Zahlungsverkehr	8.950	7.993	+957	12,0

Die Dienstleistungsgeschäfte haben sich im Berichtsjahr positiv entwickelt. Insbesondere die Erträge aus den Wertpapierdienstleistungsgeschäften konnten durch ein erfolgreiches Fonds-Vermittlungsgeschäft mit Union Investment deutlich ausgeweitet werden.

Aufgrund der starken Nachfrage nach Privatkrediten, die wir über unseren Kooperationspartner TeamBank vermitteln, konnten auch die anderen Vermittlungserträge gegenüber dem Vorjahr insgesamt gesteigert werden.

Der Anstieg der Erträge aus dem Zahlungsverkehr resultiert insbesondere aus der stärkeren Nutzung unseres Dienstleistungsangebots und geänderter Gebührenregelungen bei den Kreditkarten.

Investitionen

Durch umfangreiche Aus-, Fort- und Weiterbildung haben wir auch in 2019 in die Qualifikation unserer Mitarbeiter investiert.

Weitere Investitionen wurden im Berichtsjahr in die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und in die Instandhaltung unserer Filialstandorte getätigt.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die Überführung des Rechenzentrums Sparda-Datenverarbeitung (SDV) in die Sopra Financial Technology GmbH mit Sitz in Nürnberg wurde in 2019 abgeschlossen.

Im laufenden Geschäftsjahr wurde die eigengenutzte Immobilie in der Osloer Straße 2 in Frankfurt am Main auf eine Tochtergesellschaft der Sparda-Bank Hessen eG gegen die Gewährung von Gesellschaftsanteilen übertragen und langfristig angemietet.

II.3 Lage der Sparda-Bank Hessen eG

Die Geschäfte der Sparda-Bank Hessen eG haben sich gut entwickelt. Die Kundenforderungen konnten wieder deutlich ausgeweitet werden. Auch in 2019 haben unsere Kunden uns hohe Einlagenbestände anvertraut.

Wir verfügen über zufriedene Mitarbeiter, die uns im vergangenen Jahr, im Rahmen einer Zufriedenheitsbefragung, hohe Bewertungen vergeben haben.

Zudem übernimmt die Sparda-Bank Hessen eG Verantwortung in der Region durch gesellschaftliches Engagement.

Der Gewinn-Sparverein bei der Sparda-Bank Hessen e. V. förderte in 2019 wieder mehr als 700 Projekte mit rund 1,6 Millionen EUR. Er unterstützt gemeinnützige hessische Organisationen in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales, Sport und Umwelt.

II.3.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen (+/-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	58.809	62.579	-3.770	6,0
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	23.514	21.303	+2.211	10,4
Provisionsüberschuss ²⁾	18.243	15.706	+2.537	16,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	-2.800	161	-2.961	1.839,1
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	25.974	25.708	+266	1,0
b) andere Verwaltungsaufwendungen	52.942	43.864	+9.078	20,7
Bewertungsergebnis ⁴⁾	36.871	15.991	+20.880	130,6
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	56.566	45.018	+11.548	25,7
Steueraufwand	10.824	4.179	+6.645	159,0
Jahresüberschuss	13.442	13.240	+202	1,5

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2.

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6.

3) GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 12.

4) GuV-Posten 13–16.

Im Berichtsjahr war aufgrund auslaufender höher verzinsten Aktiva sowie Umschichtungen bei den Eigenanlagen ein Rückgang des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Stabilisierend wirkten die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, die gesteigert werden konnten.

Die Veränderung des Provisionsüberschusses ist insbesondere auf das sehr erfolgreiche Vermittlungsgeschäft mit Union Investment sowie auf zunehmende Erträge im Zahlungsverkehr zurückzuführen.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis wirkte sich insbesondere der deutlich reduzierte Abzinsungssatz für Pensionsrückstellungen aus.

Die Personalaufwendungen konnten nahezu auf Vorjahresniveau gehalten werden. Die Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen auf gestiegene IT-Kosten zurückzuführen.

Das Bewertungsergebnis war gegenüber dem Vorjahr durch Zuschreibungen auf Eigenanlagen, Kursgewinne aus Umschichtungen von Wertpapieren sowie die Übertragung versteuerter Vorsorgereserven nach § 340f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB geprägt.

Der Jahresüberschuss hat sich in 2019 um 0,2 Millionen EUR gegenüber dem Vorjahr auf 13,4 Millionen EUR erhöht.

Eine Besonderheit des Geschäftsmodells ist seit Gründung der Bank die gebührenfreie Kontoführung. Trotz der hohen Belastung durch die Niedrigzinsphase werden wir dieses Angebot aufrechterhalten. Durch den Verzicht auf Kontoführungsgebühren und Gebühren für die BankCard haben wir unseren Mitgliedern und Kunden im Geschäftsjahr 2019 weiterhin einen Geldvorteil von mehr als 24 Millionen EUR verschafft.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der CRR wurden im Berichtsjahr zu jeder Zeit eingehalten. Bei Bedarf stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie der EZB jederzeit zur Verfügung. Zum 31. Dezember 2019 betrug die Liquidity Coverage Ratio (LCR) 366,57 Prozent.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen (+/-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	67.149	64.637	+2.512	3,9
Rücklagen	223.686	212.024	+11.662	5,5

Die Bank verfügt über eine gute Eigenkapitalausstattung. Durch Thesaurierung und den Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital um insgesamt 14,2 Millionen EUR gestärkt werden.

Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 93,7 Millionen EUR (Vorjahr 61,4 Millionen EUR).

Die aufsichtsrechtlich geforderte Eigenmittelunterlegung der Risikoaktiva wurde jederzeit übertroffen. Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 15 Prozent. Eine Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin Ziel der Geschäftspolitik.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn [Anmerkung: Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern] und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,2 Prozent.

Kundenforderungen

Unser Kundenkreditgeschäft besteht fast ausnahmslos aus Baufinanzierungen an Privatpersonen.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen (+/-)	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	2.120.951	2.010.944	+110.007	5,5
Liquiditätsreserve	852.836	857.299	-4.463	0,5

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 42,0 Prozent an der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen besteht fast ausnahmslos aus Spezialfonds bei unserem Kooperationspartner Union Investment. Die Liquiditätsreserve enthält größtenteils Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere.

Strukturierte Finanzinstrumente bestehen nur in Form von einfach kündbaren Schuldverschreibungen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Unsere Bank verfügt über eine gute Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Die Ertragslage ist solide.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäftsstrategie und die daraus abgeleitete Risikostrategie sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, qualifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken. Wir legen die für uns

wesentlichen Risiken fest und binden diese in unser barwertnahes Risikotragfähigkeitskonzept ein, so dass eine Steuerung mit Hilfe unseres Limitsystems gewährleistet ist. Das Gesamtlimit wird aus der Risikodeckungsmasse abgeleitet und für die wesentlichen Risiken allokiert. Nicht quantifizierbare wesentliche Risiken werden mit angemessenen Risikosteuerungsverfahren überwacht.

Ergänzend werden Stresstests durchgeführt, sodass auch die Auswirkungen außergewöhnlicher Entwicklungen in die Risikosteuerung einbezogen werden können.

In unserem Gesamtbanksteuerungsausschuss werden monatlich die unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Entwicklungen erörtert und gegebenenfalls Maßnahmen festgelegt.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung aller Risikoarten werden kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den Anforderungen der Bank und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Nachhaltigkeitsrisiken sehen wir nicht als eigene Risikoart an, sondern beachten sie im Rahmen der Steuerung aller unserer wesentlichen Risikoarten.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen verwenden wir unterschiedliche, auf historischen Marktentwicklungen basierende Zinsszenarien. Die als Veränderung des Barwerts des Zinsbuchs gemessenen Risiken werden in einem Limitsystem dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt. Zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene können bei Bedarf Zinssicherungsinstrumente eingesetzt werden.

Im Geschäftsjahr bewegte sich das Zinsänderungsrisiko innerhalb des vorgegebenen Limitsystems.

Sonstige Marktpreisrisiken

Im Rahmen unserer Asset-Allocation tätigen wir auch Anlagen in Aktien und Immobilien. Diese Anlagen werden überwiegend in unseren Spezialfonds gehalten. Zur Messung der Aktienkursrisiken und der Immobilienrisiken verwenden wir die durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft bereitgestellten Risikokennzahlen.

Zur Steuerung von Aktienkursrisiken können neben Bestandsveränderungen bei Bedarf auch Sicherungsinstrumente eingesetzt werden.

Währungsrisiken bestehen in unbedeutender Größenordnung und haben keinen wesentlichen Einfluss auf die künftige Entwicklung der Bank.

Im Geschäftsjahr bewegten sich die sonstigen Marktpreisrisiken innerhalb des vorgegebenen Limitsystems.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Die Kreditrisiken im Kundengeschäft messen wir mittels eines Kreditportfoliomodells. Mit Hilfe der Rating-Verfahren der genossenschaftlichen FinanzGruppe bestimmen wir die jeweilige Ausfallwahrscheinlichkeit. Unter Einbezug der vorhandenen Sicherheiten geht das Netto-Blankovolumen in die Risikoberechnung aus erwartetem und unerwartetem Verlust ein.

Die Steuerung und Kontrolle der Kreditrisiken nach den Grundsätzen und Leitlinien für die Kreditpolitik des Vorstandes ist in der Marktfolge Aktiv und in der Abteilung Controlling angesiedelt. Daneben nimmt eine spezielle Kundenbetreuungsgruppe die intensive Betreuung ausfallgefährdeter Engagements sowie die Sicherheitenverwertung und Engagementabwicklung von gekündigten Krediten vor.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limitierungen sowie Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Risikokonzentrationen sind aufgrund unseres stark diversifizierten, kleinteiligen Kreditgeschäfts nicht vorhanden.

Das Adressenausfallrisiko im Kundengeschäft bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vorgegebenen Limitsystems.

Eigenanlagen

Den Spread-, Migrations- und Ausfallrisiken unserer Eigenanlagen begegnen wir grundsätzlich durch eine Beschränkung auf Handelspartner guter Bonität und dadurch, dass wir keine Anlagen von Emittenten erwerben, deren Rating von einer anerkannten Rating-Agentur mit schlechter als „Investment Grade“ beurteilt wurde.

Die Messung der Adressenrisiken unserer Eigenanlagen erfolgt durch ein Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte, in dem das zukünftige Verhalten der Risikoparameter auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird. Für Anlagen in Fonds wird auf die Risikokennzahlen der Kapitalverwaltungsgesellschaft zurückgegriffen, die dem gleichen methodischen Ansatz unterliegen.

Zur Überwachung und Steuerung der Eigenanlagen begrenzen emittentenbezogene Limitierungen den Geschäftsumfang je Marktpartner; zusätzlich nehmen wir eigene Analysen von Berichten bzw. Veröffentlichungen und Spreadentwicklungen der Emittenten vor.

Das Adressenausfallrisiko im Eigengeschäft bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vorgegebenen Limitsystems.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

III.4 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird durch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen begrenzt. Die Risiken und die Zahlungsbereitschaft werden überwacht. Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich besondere Analysen in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mithilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen, in denen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweiligen definierten Liquiditätsdeckungspotenzial für einen zuvor definierten Zeitraum im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann.

Durch die Einbindung in die genossenschaftliche FinanzGruppe bestehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen auffangen zu können.

III.5 Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken definieren wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens in internen Verfahren und Systemen, Fehlern von Mitarbeitern oder aufgrund externer Einflüsse eintreten. Den operativen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen Arbeitsanweisungen, die Verwendung von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken und der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten. Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt. Versicherbare Gefahrenpotenziale, z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit finden die operationellen Risiken entsprechende Berücksichtigung.

Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit spürbarer Ertragsauswirkung eingetreten.

III.6 Gesamtbild der Risikolage

Ein angemessenes Risikoüberwachungssystem wurde aufgebaut und wird fortlaufend weiterentwickelt. Mit den genutzten Verfahren zur Messung der Risiken hat die Bank angemessene Instrumentarien eingerichtet, die der Art und dem Umfang des Geschäftsbetriebes gerecht werden und die bei sachgerechter Anwendung eine konsistente Ermittlung und Darstellung der Risiken gewährleisten. Unser umfassender Steuerungsansatz erlaubt sowohl die frühzeitige Identifizierung von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, als auch die frühzeitige Einleitung von entsprechenden Gegenmaßnahmen. Die Risikotragfähigkeit ist sowohl unter den von uns definierten Standard- als auch den festgelegten Stressszenarien gegeben. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der Sparda-Bank Hessen eG für das nächste Geschäftsjahr 2020 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Gesamtaussage

Unsere Bank erwartet vor dem Hintergrund unseres Geschäftsmodells und der Kunden- und Produktphilosophie auch im nächsten Jahr Zuwächse im Kundengeschäft. Das geschäftliche Umfeld wird nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Jahr von einem niedrigen Zinsniveau bzw. Negativzinsen, den sich weiterentwickelnden Kundenansprüchen, den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie den steigenden Anforderungen an die Produkt- und Beratungsqualität geprägt. Die Folgen der durch das Coronavirus ausgelösten Kontaktbeschränkungen im Kundengeschäft und die Auswirkungen auf die Finanzmärkte sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vollumfänglich abzusehen. Bei anhaltenden Beeinträchtigungen ist davon auszugehen, dass die ursprünglichen Planwerte nicht erreicht werden. Aufgrund unserer Omnikanal-Strategie ist es uns möglich, alle wesentlichen Kundenanliegen auch ohne direkten Kontakt zu erledigen. Neben den möglichen Auswirkungen der Ausbreitung des Coronavirus auf das Kundengeschäft betreffend das Neugeschäftsvolumen sowie das Zins- und Provisionsergebnis können sich insbesondere erhebliche negative Auswirkungen auf den Ergebnisbeitrag aus unseren Wertpapieranlagen ergeben; dies zumindest dann, wenn die weitere Entwicklung an den Kapitalmärkten bis zum Jahresende 2020 entsprechende Abschreibungen erforderlich machen sollten.

Für die Ertragslage sind – vor diesem Hintergrund – auch im kommenden Jahr die Entwicklung des Zins- und Provisionsüberschusses sowie die Erträge aus den Eigenanlagen bestimmend. Den rückläufigen Zinseinnahmen aus Kundenforderungen stehen dabei nur begrenzte Reduzierungsmöglichkeiten bei den Zinsaufwendungen gegenüber, da wir weiter auf die Erhebung von Negativzinsen/Verwahrtgelten bei Privatkunden verzichten wollen.

Die Eigenanlagen sind diversifiziert und ermöglichen auch im derzeitigen Marktumfeld aufgrund unserer langfristigen Ausrichtung einen angemessenen Ergebnisbeitrag.

Das Provisionsergebnis soll durch attraktive und innovative Dienstleistungen weiter gestärkt werden.

Im kommenden Geschäftsjahr wird mit weiter steigenden Kosten für IT und den Tarifabschluss gerechnet.

Die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung können wir aktuell und perspektivisch hinreichend erfüllen.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquiditätsausstattung werden wir auch im kommenden Jahr einhalten.

Risiken

Wesentliche Risiken bestehen in einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses aus dem Kundengeschäft und den Eigenanlagen sowie deren Bewertung führen könnte.

Verstärkte Volatilität an den Finanzmärkten kann zu deutlich niedrigeren Aktienkursen und Spreadausweitungen, z. B. im Zusammenhang mit dem Coronavirus, führen und damit ungünstigen Einfluss auf die Bewertung unserer Eigenanlagen nehmen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Mitarbeiter mit dem Virus anstecken, lässt sich derzeit nicht abschätzen.

Aufgrund unserer dezentralen Organisation, der mobilen Arbeitsmöglichkeiten und der getroffenen Segmentierungsmaßnahmen sowie reduzierter Mobilität und unserer Regelungen in den Notfallplänen gehen wir davon aus, dass wir den Geschäftsbetrieb aufrechterhalten können. Ein Risiko ergäbe sich hieraus insbesondere, wenn große Teile der Belegschaft unter Quarantäne gestellt würden.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage bestehen im nächsten Geschäftsjahr in einer verbesserten Entwicklung an den Kapitalmärkten, insbesondere einem schrittweise leicht ansteigenden Zinsniveau.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Frankfurt am Main, im April 2020

Der Vorstand der Sparda-Bank Hessen eG



Markus Müller



Michael Weidmann



Rüdiger Orth

DER BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2019 die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2019 hat der Aufsichtsrat insgesamt sieben Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation, die strategische Entwicklung, die operative Jahresplanung, Verträge von besonderer Bedeutung sowie die Berichte der Internen Revision und der Compliance.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Personalausschuss, einen Kreditausschuss, einen Organisationsausschuss und einen Finanzausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten über ihre Prüftätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates.

Der vorliegende Jahresabschluss 2019 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat wird bedingt durch die Corona-Pandemie und die hierzu geschaffenen besonderen rechtlichen Regelungen den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 in seiner Junisitzung feststellen.

Die Vertreterversammlung wird die weiteren Beschlüsse, u. a. zur Verwendung des Jahresüberschusses, aufsichtsrechtlich bedingt voraussichtlich im vierten Quartal 2020 fassen.

Für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr spricht der Aufsichtsrat den Herren des Vorstandes und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparda-Bank Hessen eG seinen Dank aus.

Frankfurt am Main, im April 2020

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates



Rupert Bunk

DER JAHRESABSCHLUSS

- I. Jahresbilanz
- II. Gewinn- und Verlustrechnung
- III. Anhang

3.614

NEUE WOHNBAU-
FINANZIERUNGEN



16.369

NEUE GIROKONTEN



NACHHALTIGES VERTRAUEN

Unser auf Nachhaltigkeit ausgelegtes genossenschaftliches Geschäftsmodell ist auch in Zeiten von Negativzinsen erfolgreich. Alle wichtigen Kennzahlen haben sich 2019 überplanmäßig entwickelt. Mit der Steigerung der Kundenzahl auf 352.290 und 16.369 neuen Girokonten ging auch ein Wachstum der Kundeneinlagen einher. Zudem stieg der Kreditbestand auf 3 Milliarden Euro (+4,8 Prozent) – damit ist für 3.614 Menschen bzw. Familien ihr Traum vom Eigenheim wahr geworden.

I. JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2019

Aktivseite			Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			57.847.530,42	51.097
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			102.294.577,12	164.659
darunter: bei der Dt. Bundesbank	102.294.577,12			(164.659)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00			(0)
b) Wechsel			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			599.792.479,41	290.421
b) andere Forderungen			251.749.417,12	234.754
4. Forderungen an Kunden			851.541.896,53	2.866.981
darunter:			3.003.934.410,12	
durch Grundpfandrechte gesichert	2.295.733.437,29			(2.083.042)
Kommunalkredite	0,00			(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00			(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		319.193.734,25		365.999
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	319.193.734,25			(365.999)
bb) von anderen Emittenten		537.441.681,49	856.635.415,74	502.817
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	498.173.036,49			(485.917)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag:	0,00			(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			2.117.151.721,22	1.999.427
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften				
a) Beteiligungen			32.141.259,60	29.073
darunter: an Kreditinstituten	635.770,58			(636)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			7.009.260,00	10.032
darunter: bei Kreditgenossenschaften	7.000.000,00			(7.000)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			20.489.173,21	3.050
darunter: an Kreditinstituten	0,00			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
9. Treuhandvermögen			11.263,46	16
darunter: Treuhandkredite	11.263,46			(16)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00	0
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.386.635,00	432
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00	0
d) Geleistete Anzahlungen			0,00	0
12. Sachanlagen			16.177.634,17	34.597
13. Sonstige Vermögensgegenstände			5.783.884,88	5.877
14. Rechnungsabgrenzungsposten			3.939.869,53	720
Summe der Aktiva			7.076.344.531,00	6.559.952

Passivseite

			Geschäftsjahr	Vorjahr
			EUR	TEUR
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			16.671,59	2
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			328.794.023,19	306.203
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	915.925.904,66			825.673
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	116.833.480,11	1.032.759.384,77		107.149
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	5.111.423.776,33			4.753.552
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	145.269.774,35	5.256.693.550,68	6.289.452.935,45	160.810
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0,00	0,00	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00			(0)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	0,00			(0)
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			11.263,46	16
darunter: Treuhandkredite	11.263,46			(16)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			5.861.296,01	4.175
6. Rechnungsabgrenzungsposten			513.341,95	514
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		38.316.873,00		36.179
b) Steuerrückstellungen		2.566.823,70		837
c) andere Rückstellungen		11.518.239,62	52.401.936,32	12.197
8.			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			1.316.351,14	1.344
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			93.700.000,00	61.400
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	100.000,00			(100)
12. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital		67.148.564,84		64.637
b) Kapitalrücklage		7.749.523,22		7.750
c) Ergebnisrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	68.436.290,07			67.074
cb) andere Ergebnisrücklagen	147.500.000,00			137.200
cc)	0,00	215.936.290,07		0
d) Bilanzgewinn		13.442.333,76	304.276.711,89	13.240
Summe der Passiva			7.076.344.531,00	6.559.952
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		2.211.592,57		2.251
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	2.211.592,57	0
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		197.881.783,02	197.881.783,02	237.362
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00			(0)

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2019 BIS ZUM 31. DEZEMBER 2019

			EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR		EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		66.241.398,32			69.642
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		7.530.729,42	73.772.127,74		9.178
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	738.524,07				(480)
2. Zinsaufwendungen			-14.963.283,08	58.808.844,66	-16.242
darunter: erhaltene negative Zinsen	235.202,65				(543)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			23.514.051,12		21.303
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			2.274.391,61		778
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			806.127,03	26.594.569,76	515
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge			23.787.824,76		20.411
6. Provisionsaufwendungen			-5.544.623,84	18.243.200,92	-4.705
7. Nettoertrag des Handelsbestands				61.164,39	123
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.014.523,84	5.883
9.				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-21.715.697,03			-21.957
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-4.258.797,33	-25.974.494,36		-3.751
darunter: für Altersversorgung:	-470.523,79				(0)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-52.942.353,86	-78.916.848,22	-43.864
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.296.827,49	-2.566
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-5.814.199,83	-5.722
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-4.912.759,52			(-4.832)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			30.047.521,44	30.047.521,44	17.913
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00		-1.921
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			6.823.955,88	6.823.955,88	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18.				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				56.565.905,35	45.018
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-10.693.458,91		-4.048
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-130.112,68	-10.823.571,59	-130
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-32.300.000,00	-27.600
25. Jahresüberschuss				13.442.333,76	13.240
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0
				13.442.333,76	13.240
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00			0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen		0,00		0,00	0
				13.442.333,76	13.240
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage		0,00			0
b) in andere Ergebnisrücklagen		0,00		0,00	0
				13.442.333,76	13.240
29. Bilanzgewinn				13.442.333,76	13.240

III. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Hessen eG, Frankfurt am Main, ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Genossenschaftsregisternummer 634 eingetragen.
- Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Die Barreserve wurde mit dem Nennwert bilanziert.

Forderungen

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt. Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert, unverzinsliche Forderungen zum Barwert angesetzt. Ausfallrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen und versteuerte Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Soweit bei den Forderungen an Kunden die Gründe für die in Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode, wobei die Vorgehensweise durch die Ausdehnung des Betrachtungszeitraums auf sechs Jahre und die Absenkung des Minderungssatzes auf 32,5 Prozent modifiziert wurde. Gegenüber den bisherigen Parametern ergibt sich eine um 811.280 EUR verringerte Auflösung von Pauschalwertberichtigungen.

Die Unterschiedsbeträge zwischen dem höheren Nennwert und dem Zahlungsbetrag von Forderungen an Kunden wurden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig aufgelöst.

Wertpapiere

Alle Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Soweit Gründe für die in Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung vorgenommen. Bei den einfach strukturierten Produkten mit Forderungscharakter (Callables) erfolgte für die Bilanzierung keine Aufspaltung; die Produkte werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Komplex strukturierte Produkte lagen nicht vor. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

III. ANHANG

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Im Geschäftsjahr ist die Sparda Datenverarbeitung eG, Nürnberg, mit der Sopra Financial Technology GmbH, Nürnberg, verschmolzen. Dabei wurde der Buchwert der bisherigen Beteiligung (vor Verschmelzung) als Anschaffungskosten für die neue Beteiligung (nach Verschmelzung) angesetzt.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung bewertet.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die planmäßigen Abschreibungen auf Gebäude erfolgen entweder linear bei einer Nutzungsdauer von bis zu 50 Jahren oder in der steuerlich zulässigen degressiven Art. Das im Geschäftsjahr angeschaffte bewegliche Anlagevermögen wurde linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800,00 EUR wurden als sofort abziehbare Betriebsausgabe behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger anteiliger Zinsen angesetzt worden. Bei Verbindlichkeiten aus abgezinsten Sparbriefen wurden zum Bilanzstichtag abgezinste Werte eingestellt. Im Übrigen wurden die Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit und dem niedrigeren Ausgabebetrag einer Verbindlichkeit in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig über die Laufzeit der Verbindlichkeit aufgelöst.

Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und alle ungewissen Verbindlichkeiten und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bilanziert.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Heubeck zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltstrend sowie als Rententrend wurden für die Berechnung, soweit relevant, 2,0 Prozent angenommen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 12.117 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 12.213 TEUR. Dies entspricht dem Erfüllungsbetrag der zu verrechnenden Schulden.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2019 (2,72 Prozent) prognostizierten Zinssatzes. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz (1,97 Prozent) der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 6.166.346 EUR.

Abzinsungsaufwendungen/-erträge für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen/Aufwendungen in Höhe von 74 TEUR verrechnet.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2019 in Höhe von 197.882 TEUR betreffen 197.882 TEUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Aufwendungen und Erträge werden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

Währungsumrechnung

Eine Umrechnung auf EUR erfolgte im Sortenbestand mit den Sortenankaufskursen zum 30. Dezember 2019.

III. ANHANG

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen Sachanlagen	4.317.071	1.373.280	-	a) - b) -	5.690.351	1.386.635	432.304
a) Grundstücke und Gebäude	60.468.438	55.696	-	a) 22.974.246 b) -	37.549.888	12.909.839	30.922.142
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	35.254.973	937.078	-	a) 2.382.857 b) -	33.809.194	3.267.795	3.674.610
a	100.040.482	2.366.054	-	a) 25.357.103 b) -	77.049.433	17.564.269	35.029.056
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstich- tag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen Sachanlagen	3.884.767	-	-	-	418.949	-	4.303.716
a) Grundstücke und Gebäude	29.546.296	-	5.629.455	-	723.208	-	24.640.049
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	31.580.363	-	2.193.635	-	1.154.671	-	30.541.399
a	65.011.426	-	7.823.090	-	2.296.828	-	59.485.164
	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)			Buchwerte am Bilanzstichtag		
	EUR	EUR			EUR		
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.010.944.456	110.006.515			2.120.950.971		
Beteiligungen und Geschäftsgut- haben bei Genos- senschaften	39.104.896	45.624			39.150.520		
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.050.000	17.439.173			20.489.173		
b	2.053.099.352	127.491.312			2.180.590.664		
Summe a und b	2.153.139.834				2.198.154.933		

Die Abgänge bei „a) Grundstücke und Gebäude“ resultieren aus der Übertragung der eigengenutzten Immobilie in der Osloer Straße 2 in Frankfurt am Main auf Tochtergesellschaften der Sparda-Bank Hessen eG gegen die Gewährung von Gesellschaftsmitteln in „Anteile an verbundenen Unternehmen“.

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 809.372.161 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	Bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	749.417	-	145.000.000	106.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	44.963.710	135.783.576	706.820.311	2.088.422.249

In den Forderungen an Kunden sind 27.944.564 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 129.999.301 EUR fällig.
- In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	-	-	809.372.173	479.519.689
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	-	-	160.692.651	38.931.638
Forderungen an Kunden (A 4)	90	-	-	-

III. ANHANG

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	1.984.647.705	2.019.428.428	34.780.723	20.149.273	Ja

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
a) SpardaDirekt Hessen GmbH, Kassel	100,00	2019	2.126.242	2019	-44.500	
b) ICS IT & Consulting Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	2019	546.482	2019	148.628	
c) Deutsche Privatfinanz AG, Kassel	100,00	2019	1.601.078	2019	351.078	
d) Sparda Hessen Immobilien GmbH Frankfurt am Main	100,00	2019	24.278	2019	-722	
e) 1. Sparda Hessen Immobilien GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	2019	37.707.139	2019	20.693.897	
f) 2. Sparda Hessen Immobilien GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	2019	37.878.405	2019	100.698	

An dem unter f) aufgeführten Unternehmen ist das Institut mittelbar durch das unter e) genannte Unternehmen beteiligt.

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
a) DZ Bank AG, Frankfurt am Main	0,0044	2018	10.504.000.000	2018	322.000.000	
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,6211	2019	3.190.325.571	2019	86.437.540	
c) COMECO GmbH & Co. KG, Nürnberg	5,3111	2018	30.417.665	2018	-10.057.335	
d) Sopra Financial Technology GmbH, Nürnberg	6,4561	2019	22.940.000	2018	-	

— In folgenden Posten sind enthalten:

	Börsenfähig	Börsennotiert	Nicht börsennotiert	Nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	856.635.416	817.366.771	39.268.645	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	132.504.017	32.469.396	100.034.621	-

— Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

— In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	8.975.966
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.267.795

— Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Forderungen aus Provisionszahlungen Union Investment	3.326.946

— Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 70.341 EUR Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 73.672 EUR) enthalten.

— Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

III. ANHANG

Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Sonstige Vermögensgegenstände, Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB sowie den Rückstellungen.

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 5 Festverzinsliche Wertpapiere	39.268.645	16.900.000

- In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von 173.148 EUR enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 328.794.023 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	Bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	3.877.116	8.749.107	46.716.198	269.451.602
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	1.118.497	1.653.747	36.945.728	77.115.508
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	6.099.641	10.540.901	83.016.447	45.612.785

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten an das Finanzamt	1.053.811
Verbindlichkeiten gegenüber COMECO GmbH & Co. KG wegen Kapitalerhöhung	1.000.000

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 29.179 EUR (Vorjahr: 42.471 EUR) enthalten.
- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 19.073 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
201.241	EUR	2,50	15.04.2020
194.776	EUR	2,30	15.04.2021
194.891	EUR	1,35	15.04.2022
189.873	EUR	0,80	15.04.2023
179.098	EUR	0,80	13.04.2024
175.187	EUR	0,80	13.04.2025
167.243	EUR	1,00	15.04.2026

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Bank oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen:

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt sieben Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	328.794.023	306.203.315
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	5.425.842	5.061.179	-	-

III. ANHANG

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		65.702.809
b) der ausscheidenden Mitglieder		1.429.740
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		16.016
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	23	

- Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 01.01.2019	67.074.084	137.200.000	7.749.523
Einstellungen			
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1.362.206	10.300.000	-
Stand 31.12.2019	68.436.290	147.500.000	7.749.523

- Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
2,500 % Dividende auf Geschäftsguthaben	1.635.113,88
Gesetzliche Rücklage	1.407.219,88
Andere Ergebnismrücklagen	10.400.000,00
Insgesamt	13.442.333,76

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- In den Zinserträgen sind 738.524 EUR negative Zinsen aus Einlagen bei der Europäischen Zentralbank und der DZ Bank AG enthalten. Die erhaltenen negativen Zinsen aus Einlagen in unserem Haus belaufen sich auf 235.203 EUR.
- Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Vermittlung von Investmentfonds, Krediten, Bausparverträgen und Versicherungsverträgen erbracht.

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.
- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

	EUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Aufzinsung inklusive Zinssatzänderung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.848.950

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 308.594,59 EUR.
- Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.
- Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene betragen die Gesamtbezüge 2019 1.695.989 EUR. Zum 31. Dezember 2019 bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 2,72 Prozent p. a. ermittelten Barwertes von 28.773.991 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	907
Mitglieder des Aufsichtsrates	764.191

- Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.
- Gemäß dem Statut der Sicherungseinrichtung haben wir gegenüber dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. eine Garantieerklärung abgegeben. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung in Höhe von 10.867.335 EUR verbunden.

III. ANHANG

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Die Sparda-Bank Hessen eG trägt nach den von ihr abgegebenen Patronats-erklärungen dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaft, die Deutsche Privatfinanz AG, Kassel, in der Weise finanziell ausgestattet bleibt, dass sie jederzeit zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen und Verbindlichkeiten aus bestehenden Geschäftsbeziehungen in der Lage ist.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2019 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	259	147

Außerdem wurden durchschnittlich 27 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen	
			EUR	
Anfang	2019	285.715	1.215.667	63.214.684
Zugang	2019	4.782	75.652	3.933.904
Abgang	2019	6.681	27.803	1.445.756
Ende	2019	283.816	1.263.516	65.702.832

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	2.488.424
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	2.488.148

Höhe des Geschäftsanteils 52 EUR, Höhe der Haftsumme 52 EUR.

— Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

— Mitglieder des Vorstandes:

Markus Müller (Vorsitzender) – Geschäftsleiter
Michael Weidmann (stellv. Vorsitzender) – Geschäftsleiter
Rüdiger Orth – Geschäftsleiter

— Mitglieder des Aufsichtsrates:

Rupert Bunk (Vorsitzender) – Betriebsrat
Jochen Apel (stellv. Vorsitzender) – Beamter a. D.
Rita Braun – Facharbeiterin für Betriebs- und Verkehrsdienst
Jörg Cebulla – Flugkapitän
Wilfried Furk – Beamter a. D.
Heinz Klauser – Maschinenschlosser
Anemone Knöpp-Rack – Bundesbahnbetriebsinspektorin
Juana Leister – Diplom-Kauffrau
Wolfgang Scherff – Maschinenschlosser
Vlatko Stark – Versichertensprecher der DB AG
Karl-Heinz Weinel – Beamter a. D.
Albert Wiegand – Betriebsratsvorsitzender

Frankfurt am Main, 11. Februar 2020

Der Vorstand der Sparda-Bank Hessen eG



Markus Müller



Michael Weidmann



Rüdiger Orth

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2019 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Hessen eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Hessen eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder im Wesentlichen von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Hessen eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2019 106.722 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 343.

Das Ergebnis vor Steuern beträgt 56.566 TEUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 10.693 TEUR ergibt sich ein Jahresüberschuss von 13.442 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Hessen eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Sparda-Bank Hessen eG, Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hessen eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 3.004 Mio. EUR. Dies entspricht 42,5 Prozent der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.974 Mio. EUR. Dies entspricht 42,0 Prozent der Bilanzsumme. Bei der Bewertung der Wertpapiere ergeben sich Ermessensspielräume im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens. Daneben besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die zur Bewertung verwendeten Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externen Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des strengen bzw. gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner

sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 22. April 2020

Verband der Sparda-Banken e. V.

Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

Herausgeber

Sparda-Bank Hessen eG
Unternehmenskommunikation

Sitz der Genossenschaft

Osloer Straße 2
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 37-0
sparda-hessen.de

Konzeption und Gestaltung

K + G
Agentur für Kommunikation, Münster
k-und-g.com

Foto

unsplash.com (Seite 1)

Druck

Bitter & Loose, Greven

Unsere Publikationen zum Geschäftsjahr 2019 können Sie downloaden auf:
sparda-hessen.de/bilanz





ZAHLEN 2019

SPARDA-BANK HESSEN EG